

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahrespreis von:
Fr. 3.— für die Schweiz (Streuhand)
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvert)
Fr. 3.— für Österreich (Gouvert)
Fr. 3.— für alle übrigen Länder des
Schweizerbundes (Streuhand).

Der Sozialdemokrat

Er erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Kollmann & Jägi.
Hofstrasse
Franko gegen Franko.
Groschulische Briefe
nach der Schweiz kosten
Toppapier.

Inserate
Die Verlagsbuchhandlung
Kollmann & Jägi.
25 Str. — 20 Pf.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

29. Januar 1887.

№ 5. Bitte an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schiebt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekannten. In zweifelhafte Fällen eingeschrieben.

Parteilgenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Wahlfonds-Quittung.

Zum Widerstand bis zum „letzten Mann und letzten Groschen“ weiter erhalten:
Striegau Nr. 20 — Antwerpen (Fr. 21 —) 16 80. Rother Kaplan 1 85. C. Sch. Ranspeter 24 —. Redarippe 4 90. A. L. Hög. 1/2 S. 3 —. G. R. Hof. 3 80. Hg. Arb. Ber. Biel (Fr. 14 —) 11 20. Von Krausen (Fr. 5 —) 4 —. Otto Gen. halt die Beene warm! Bukarest (Fr. 148 —) 118 40. London 10 —. von Schaufelberger und seinen Arbeitern den Tyrannen und Massenmördern zum Trotz! Bern (Fr. 35 —) 28 —. v. d. Gewerkschaft und Grünländern; (Fr. 60 —) 48 —. v. d. Mitgliebsch. deutscher Sozialisten und v. Deutschen Verein. A. D. Zürich (Fr. 5 —) 4 —. Hg. Arb. Ber. Lausanne (Fr. 27 55) 22 04. Von einigen Genossen im Kantonsrat St. Gallen 20 —. P. H. Lyon (Fr. 5 —) 4 —. dem guten Beispiel Zürich nachkommend. Hg. Arb. Ber. Chaux-de-Fonds (Fr. 20 —) 16 —. C. R. Langnau (Fr. 5 —) 4 —. Bern (Fr. 55 —) 44 —. v. d. Mitgliebsch. C. G. Fried. (Fr. 5 —) 4 —. Glückauf zum Kampf! Schwanden (Fr. 14 —) 8 80. von d. sch. Arbeitern. Dtschr. Ver. B. v. d. (Fr. 40 —) 40 —. Von den schämsichen Parteigenossen in Gent (Fr. 500 —) 400 — (vorläufige Sendung). Von der Administration des „Sozialdemokrat“ (Fr. 2500 —) Nr. 2000 — zweite Rate.
In Nr. 4 quittiert: Nr. 4724 —. Oben „ „ 2860 79.
Insgesamt: Nr. 7584 79.

Die Administration des „Sozialdemokrat“.

Rabeldepesche aus Newyork vom 25. Januar:
„Zehntausend Francs der Rabel nach Zürich angewiesen. Weitere Summen folgen.
Für die amerikanischen Genossen:
Rosenberg.“

Zum 21. Februar.

In dem Augenblick, da unsere Genossen in Deutschland schon mitten im Feuer des Wahlkampfes stehen, kann auch den „Sozialdemokrat“ kein anderes Thema beschäftigen als das der Wahlen. Ja, wir würden das Mandat, welches das Vertrauen unserer Leser uns übertragen, grüßlich verletzen, wenn wir nicht die uns gebotene Möglichkeit des freien Wortes heute dazu benutzten, das offen und rückhaltlos auszusprechen, was Dank den niederträchtigen Preßnebelungsgehegen im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte nicht ausgesprochen werden darf.

Arbeiter Deutschlands! Ihr seid dazu berufen, am 21. Februar Antwort zu ertheilen auf den nichtswürdigsten Schwindel, der je mit dem Volk getrieben worden. Man will Euch um Eure wenigen Rechte betrügen, Euch zu willenslosen Sklaven in Staat und Gesellschaft machen, muthet Euch mit Wahrscham zynischer Frechheit zu, zu diesem wider Euch geplanten Attentate aus Patriotismus Ja und Amen zu sagen.

Was wir bereits in voriger Nummer betont und was auch das Wahlmanifest der sozialdemokratischen Abgeordneten an erster Stelle hervorhebt, das ist in der That der Kernpunkt des Kampfes, den Ihr diesmal zu führen habt:

Soll des Volkes Wille oder der Wille des Kanzlers, d. h. der jeweiligen **Machthaber**, über die Geschichte des Volkes entscheiden?

Freilich, die Frage so offen und unumwunden zu stellen, dazu fehlt den Bismarck und Konjunkten doch der Muth. Sie schieben das Parlament vor, nachdem sie selbst dafür Sorge getragen, daß es statt einer wirklichen Volksvertretung nur der mittelberregende Schatten einer solchen wurde. Für einen so ohnmächtigen Körper, der nichts durchsetzen kann, was der Regierung nicht paßt, wird das Volk sich schwerlich ins Zeug legen, so spekuliren sie. Aber Ihr werdet Euch nicht täuschen lassen, deutsche Arbeiter! Nicht für diesen Reichstag, wohl aber für eine wirkliche Volksvertretung tretet Ihr ein, wenn Ihr am 21. Februar durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels auf des Kanzlers: „Für kaiserliches oder Parlamentstheer!“ mit einem kühnen: „Für die soziale Republik!“ antwortet.

Das deutsche Volk hat sein Selbstbestimmungsrecht erst noch zu erkämpfen. Statt aber zu begreifen, daß dieser Kampf ein natürliches Produkt ist unserer ganzen modernen Entwicklung, der steigenden politischen Bildung des Proletariats, statt ihn durch vernünftiges Entgegenkommen die mildeste Form zu geben, legen Deutschlands Regierer in ihrer bornierten Herrschsucht es geradezu darauf an, ihn noch zu verschärfen, die Gegensätze auf die Spitze zu treiben. Sie sind es, die zur Gewalt provoziren, während sie beständig über gewaltthame Umsturzbestrebungen jeteru. Sie, die immer neue Vollmachten zur Abwehr der Revolution verlangen, sie sind es, die, wo es sich um wirkliche Reformbestrebungen handelt, dem Volk immer wieder entgegenrufen: **Nicht da von Reformen!**

Das ist die Bedeutung der famosen Alternative, die Bismarck sie den Wählern gestellt. Kein Fortschritt, sondern Wahl zwischen Stillstand und Rückschritt.

Und um das Volk ja nicht zur Bestimmung kommen zu lassen, daß man ihm zumuthet, sein eigenes politisches Todesurtheil zu unterschreiben, wird ihm vorgeschwindelt, von seiner Zustimmung zu Bismarck's schamlosen Verlangen hänge die Erhaltung des Friedens ab.

O ja, gewiß kann der Ausfall der Wahl diesmal für die Frage, ob Krieg oder Frieden, verhängnisvoll werden, aber genau im entgegengesetzten Sinne, als Bismarck von seinen Reptilien in die Welt posamen läßt.

Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, weiß, daß heute zwischen Frankreich und Deutschland die Dinge so stehen, daß jede Vermehrung der Rüstungen in dem einen Land eine entsprechende Steigerung derselben im anderen Lande zur Folge hat. Der Sieg der Militärpartei in Deutschland heißt Stärkung der Kriegspartei in Frankreich. Das ist so sicher, daß jedes Wort darüber Verschwendung wäre.

Nun hat Moltke, die Autorität, vor der anbetungsdoll zu verstummen jeder gutgesinnte Deutsche verpflichtet ist, in der ersten Lesung der Militärdebatte sehr richtig darauf hingewiesen, daß wenn der „bewaffnete Friede“, dessen wir uns heute erfreuen, noch eine Weile sich so forstiegt, er wegen seiner Kostspieligkeit selbst zum Motiv des Krieges werden muß. Freilich hat dieselbe hohe Autorität in der zweiten Lesung, Bismarck nachplappernd, die „Befürchtung“ ausgedrückt, daß, wenn die Militärvorlage abgelehnt würde, der Krieg unvermeidlich sein werde, aber einen Beweis dafür hat er eben so wenig zu erbringen vermocht, als sein diplomatischer Souffleur. Er ist sich nicht einmal des Widerspruchs, in den er sich durch diesen Anspruch mit sich selbst gesetzt, bewußt geworden.

Lassen wir also den Moltke der zweiten Lesung seinem Bismarck, und halten wir uns an den der ersten Lesung.

Der Sieg der Bismarcker muß und wird den französischen Revanchemännern Oberwasser verschaffen; hat doch Bismarck's kloße Rede schon dem Chauvinismus in Frankreich einen neuen Anstoß gegeben. Die Folgen wären daher neue Rüstungen in Frankreich und dann wieder in Deutschland, bis schließlich die Unmöglichkeit, den theuren Frieden noch länger zu bezahlen, den Krieg zum Ausbruch treibt.

Ganz anders, wenn die Bismarcker unterliegen. Das wird den Franzosen den Beweis liefern, daß das Nordpatriotenthum in Deutschland durchaus nicht so mächtig ist, als man ihnen weismacht. Die Niederlage Bismarck's heißt Stärkung der Friedenspartei in Frankreich, heißt **Protest** hüben und drüben gegen den Krieg und die unausgeglichene Kriegsrüstungen.

Grade weil diesmal von Oben die Frage der auswärtigen Politik in den Wahlkampf hineingeworfen ist, grade deshalb kommt es darauf an, daß das arbeitende Volk diese Gelegenheit benützt, seine Stimme gegen die ganze bisherige Leitung derselben zu erheben. Und das geschieht einzig und allein durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettels. Nur die Sozialdemokratie ist Gegnerin nicht nur der inneren, sondern auch der äußeren Politik Bismarck's.

Protest gegen die Reaktion in der inneren Politik, Protest gegen die Reaktion in der äußeren Politik, das ist die Devise des Wahlkampfes.

Arbeiter! Ihr habt am 21. Februar Euer Verdict abzugeben über die Schandwirthschaft, deren Opfer Ihr seid, Antwort zu ertheilen auf die feigen Nackenschläge, die man gegen Euch geführt.

Die beschiedenen Reformvorschläge Eurer Reichstagsvertreter hat man hochmüthig zurückgewiesen. Mit der frechen Lüge zurückgewiesen, sie seien undurchführbar, während sie in anderen Ländern längst durchgeführt sind.

Auf Eure Forderung nach Schaffung lebensfähiger Organisationen, um gemeinsam mit Euren Kollegen für bessere Lebensbedingungen eintreten zu können, hat man mit Auflösung der letzten Reste Eurer bestehenden Organisationen, mit Puttkamer'schen Streik-Clasen geantwortet.

Unter der Parole: **Schütze den Schwachen!** hat man dagegen die wirthschaftlich Starke, Eure Prinzipale, durch **Junungs** u. Privilegien noch mehr zu stärken gesucht. Während man Euch die Hände band, lieferte man ihnen neue Waffen gegen Euch!

Auf Eure, bei den letzten Wahlen abgegebene unweibende Erklärung, daß Ihr das schändliche Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie als das, was es thatsächlich ist, als ein Ausnahmegesetz gegen Euch betrachtet, hat man, statt mit Abschaffung desselben zu antworten, mit Hilfe serviler Rechtsausleger noch eine **Verschärfung** derselben eingeleitet. Statt den Belagerungszustand aufzuheben, der eine Schmach ist nicht nur für jedes Volk, sondern auch für jede Regierung, die sich selbst achtet, hat man die wichtigsten Veranlassungen benützt, ihn noch **auszudehnen**.

Auf Eure Forderung: „**Abichaffung der indirekten Steuern**“ hat man mit **Vermehrung** derselben geantwortet, und auch die 40 Millionen, welche dem Militärmoloch jetzt jährlich mehr in den gierigen Rachen geworfen werden sollen,

will man durch **höhere Besteuerung der Konsumartikel des Volkes** aufbringen.

Ihr verlangt Befreiung von der Kapitalherrschaft — und die Regierung antwortet mit der Befreiung des Kapitals von der Steuerpflicht.

Schütze den Millionären und Auspressung der Proletarier, das ist das Wirtschaftsprogramm der Bismarckerei. **Die Lasten den Armen, die Rechte den Reichen** — ist das Ziel ihrer Politik.

Und alles das unter der heuchlerischen Maske der Arbeiterfreundlichkeit.

Arbeiter! Es ist nur eine geringe Genugthuung, denn sie bringt Euch noch nicht zum Ziel, aber es ist doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen die wirksamste Art, Euch für alle Euch zugefügte Unbill zu rächen, wenn Ihr am 21. Februar durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettels den heiligen **Machthabern ein absolutes Mißtrauensvotum** ertheilt. Es ist die schärfste Art, wie Ihr sie heute treffen könnt. Jeder sozialdemokratische Stimmzettel mehr ist ein neuer Zeuge für die Nichtsnutzigkeit ihrer Politik, ein neuer Stein zu dem Grabgewölbe ihrer Herrlichkeit. Schon fühlen sie ihr Reich wanken, darum soll ihnen die Drohung mit dem Krieg von außen über die inneren Schwierigkeiten hinweghelfen. Gewissenlose Abenteuerer, die sie sind! Grade ihr Drohen ist es, das die Kriegsgefahr herbeiführt.

Darum auf! Macht ihnen ihr schmutziges Spiel zu nichte, indem Ihr Euch offen und unumwunden für den Frieden erklärt, indem Ihr den Völkern draußen zeigt, daß die intelligentesten, aktionsfähigsten Elemente des deutschen Volkes nicht durch Dick und Dünn mit der Regierung gehen. Zeigt ihnen, daß Ihr den Frieden, die Freiheit und das Recht wollt — für Euch wie für Alle!

Nieder mit der Tyrannei! Nieder mit der Unterdrückung in jeder Gestalt! Nieder mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen! Das sei die Parole, unter der Ihr am 21. Februar Euren Stimmzettel abgibt. Und was dann Eure Feinde auch thun mögen, ob sie durch verstärkten Druck die innere Katastrophe beschleunigen, ob sie den Krieg mit Gewalt provoziren werden, um den Bankrott im Innern hinauszuschieben — **über sie die Sündfluth!**

Das Wahlmanifest der sozialdemokratischen Fraktion des letzten Reichstags

hat folgenden Wortlaut:

An das deutsche Volk!

Der Reichstag ist heute aufgelöst worden; damit ist unser Mandat erloschen und die Wähler Deutschlands haben innerhalb fünf Wochen (am 21. Februar) vor die Wahlurne zu treten, um ihre Urtheil abzugeben zwischen Reichstag und Regierung. In dem Konflikt, welcher zur Auflösung geführt hat, war uns, den Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei, die wir leider zur Zeit der thätigen Mitwirkung unserer durch Inhabitung veränderter Genossen entbehren müssen, mit denen wir jedoch im Geiste und völlig Eins wissen, der Weg klar vorzeichnet: unanbehrbar auf dem Boden unseres Programms stehend, mußten wir jeden Kompromiß verwerfen, im Interesse des arbeitenden Volkes mußten wir der Regierung, welche eine Verstärkung des Militärs forderte, jeden Mann und jeden Groschen verweigern. Mit dem Militarismus, welcher ein nothwendiger Auswuchs des herrschenden Staats- und Gesellschaftssystems ist, gibt es für die Sozialdemokratie eben so wenig eine Ausöhnung, wie mit diesem System selbst. Der Militarismus ist unverträglich mit der Freiheit und dem Wohlstand der Völker und legt es in die Hand der Machthaber, ohne Zustimmung der Volksvertretungen verheerende Kriege herbeizuführen. Wir verlangen die allgemeine Volksbewaffnung, die Erziehung der gesamten Nation zur Wehrhaftigkeit, die Schaffung eines Volkheeres, welches die ganze Wehrkraft der Nation umfaßt. Ein solches Heer ist zur Vertheidigung des Landes doppelt und dreifach so stark als das gegenwärtige, zum Angriff auf andere Nationen nicht zu verwenden und folglich eine Bürgschaft des Friedens. Mit der Beseitigung des Militarismus ist der Weltfriede gesichert.

Wenn wir von dem Militarismus und dessen Vertretern absehen, ist eine ernstliche Kriegsgefahr überhaupt nicht vorhanden; die Völker wollen und brauchen den Frieden. Je größer die Zivilisation eines Volkes, desto höher sein Friedensbedürfnis. Eine Gefahr birgt allein das halbbarbarisch-bespotliche Ausland, und dieser Gefahr wird erfolgreich begegnet durch einen Bund der Kulturvölker. Aber das schlimmste Hindernis eines solchen Bundes sind die kolossalen Kriegsrüstungen der Gegenwart, die in Gestalt des „bewaffneten Friedens“ einen unerträglichen Zustand geschaffen haben, verglichen mit dem der Krieg selbst kaum als das größere Uebel erscheint. Daß ein Zustand nicht fortwähre, bei dem jeder Funke einen Weltbrand verursachen kann, das liegt, wenn wir eine winzige Kinderheit ausnehmen, im Interesse des gesamten Volkes.

Der Reichskanzler hat für die kommende Wahlkämpfe das Lösungswort gegeben:

„Kaiserliches oder Parlamentstheer!“

Diese Parole drückt den vorhandenen Gegensatz nicht richtig aus; die Frage, welche zur Entscheidung steht, lautet:

„Soll in Deutschland der Wille des Reichskanzlers mehr als der Wille der Volksvertretung?“

Wir Sozialdemokraten sind keine Anhänger des parlamentarischen Regierungssystems, welches gegenwärtig nur den Aufschauungen und Interessen der Bourgeoisie entgegenkommt, aber da

wir die Volksherrschaft erstreben, müssen wir für die Volksvertretung die äußersten Rechte beschreiben fordern.

Sat die Volksherrschaft in Deutschland bisher nicht die Interessen des Volkes so gewahrt, wie es sein sollte, so liegt die Schuld in erster Linie an dem Volke selbst, das in seiner Mehrzahl nicht Vertreter der Volkswirtschaft, sondern Vertreter von Sonder- und Klasseninteressen in den Reichstag gewählt hat.

Am besten wird dies gesehen, ja einzig und allein wird dies gesehen durch die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter.

Was insbesondere die Frage anbelangt, welche den Anlaß zur Auflösung geliefert hat, mußten wir auf das Entschiedenste festhalten an der einjährigen Feststellung des Budgets.

Das Budgetrecht, welches das Hauptmachtmittel der Volksherrschaft bildet, ist ein bloßes Blindwerk, wenn es nicht mit alljährlicher Budgetbewilligung verbunden ist. Von Seiten der übrigen Oppositionsparteien war es daher eine Schwäche, daß sie durch Gewährung des Triennats (des dreijährigen Militärbudgets) dieses wichtigste Machtmittel preisgaben.

Unser Programm ist allbekannt: dasselbe läßt sich in wenige Sätze zusammenfassen:

Hebung des Volkswohlstandes und Herbeiführung des gesellschaftlichen und internationalen Friedens durch eine gründliche Sozialreform, deren Endziel die genossenschaftliche Organisation der Arbeit an Stelle der regellosen kapitalistischen Produktion ist; Beseitigung aller indirekten Steuern; Ersetzung aller vorhandenen Steuern durch eine einzige progressive Einkommen-, Besitz- und Vermögenssteuer; eine der Höhe der Wissenschaft entsprechende allgemeine Volkserziehung, Schutz der persönlichen Freiheit; Abschaffung aller Ausnahmegeetze, die nur eine äußerlich milde Form des Bürgerkriegs sind, gleiches Recht für Alle!

Unsere Thätigkeit als Abgeordnete war von unserem Programm diktiert und wird, falls das Votum unserer Wähler das Mandat erneuert, auch in Zukunft von unserem Programm diktiert sein. Für uns ist Kompromiß gleichbedeutend mit Prinzipienverrat.

Nicht daß wir den Erfordernissen praktischen Schaffens unzugänglich wären — wir haben bei jeder Gelegenheit, seit es Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage gibt, den tatsächlichen Beweis geliefert, daß wir bei einer Gesetzgebung zu Gunsten des Volkes zu ernster Mitwirkung bereit sind. Wir erinnern an unseren Entwurf eines Arbeitergesetzes, an unseren Antrag zum Schutze des Koalitionsrechtes, an unsere Anträge zu dem Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und Hülfsgesetz, welche bewerkten, diesen Gesetzen ihren schmerzhaft bürokratischen Charakter zu nehmen und sie den Arbeitern nützlich zu machen, an unseren Antrag zu Gunsten der Familien der Landwehrleute, an unseren Antrag zur Milderung des Exekutionsverfahrens, an unsere Anträge zur Entschädigung unschuldig Verurtheilter und Inhaftirter, zur Sicherung der Wahlfreiheit. Jedem Angriff auf die Rechte des Volkes, jedem Versuch, die Interessen des Volkes zu vermindern und die Lebensmittel des Volkes zum Vortheil des Großgrundbesitzes und Großkapitals zu vertheuern, sind wir mit voller Kraft entgegengetreten und haben keine Gelegenheit verstimmt, für die Interessen der Arbeiter und die Forderungen der Humanität und Gerechtigkeit einzustehen.

Wir glauben, durch unsere ganze Thätigkeit im Reichstage gezeigt zu haben, daß unsere Sache die Sache des Volkes ist.

Wir erwarten von dem Volke, daß es zu uns steht.

Siegt die Regierung in dem jetzt beginnenden Wahlkampf, so ist die Volksherrschaft zu einer Selbstbewilligungsmaschine herabgedrückt, das Branntwein- und Tabakmonopol werden uns aufgedrängt, die Steuerherrschaft wird noch schärfer angezogen und das allgemeine Wahlrecht wird vernichtet.

Kein Zweifel, das allgemeine Wahlrecht steht in Gefahr!

Das allgemeine Wahlrecht, der Ausdruck der Volksherrschaft, ist gegenwärtig die einzige Waffe, durch welche das Volk seine Forderungen zur Geltung bringen kann, und durch deren Besitz es erst mündig geworden ist. Die Entziehung des Wahlrechts bedeutet die Entmündigung des Volkes — und jede sogenannte Einschränkung oder Regulirung des Wahlrechts, unter welcher harnloser Form sie sich auch darbieten möge, läuft darauf hinaus, die Massen des arbeitenden Volkes, d. h. die Klasse, welche die Gesellschaft erhält und den Staat auf ihren Schultern trägt, ihres Wahlrechts zu berauben, also politisch zu entmündigen.

Die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts ist die Proklamirung des nackten Klassenstaats, und die sozialdemokratische Partei, welche den Klassenstaat prinzipiell bekämpft, hat das Recht, von dem Volk zu verlangen, daß sie in diesem Kampfe von den Massen unterstützt werde.

Alle anderen Parteien stehen auf dem Boden des Klassenstaats und der Klassenherrschaft und sind deshalb gegenüber dem politischen und sozialen System, welches der Ausfluß und Ausdruck dieser Klassenherrschaft ist, zu konsequentem Handeln unfähig.

Angesichts der beispiellosen Verfolgungen, deren Zielsetzungen seit 1878 und namentlich in neuester Zeit die Sozialdemokratie ist, und die sich aller Wahrscheinlichkeit nach steigern werden, ermahnen wir die Wähler und insbesondere die Parteigenossen zur Besonnenheit. Zur Einigkeit zu mahnen, haben wir nicht nötig. Nichts darf die Schlagfertigkeit der Partei beeinträchtigen. Das gemeinsame Ziel erheischt unter allen Umständen Unterordnung des Einzelnen unter die Mehrheit der Bestimmungsgenossen. Der Wahlkampf vollzieht sich unter den günstigsten Bedingungen für unsere Partei. Von den glänzenden Versprechungen, mit denen die Kera der neuen Wirtschaftspolitik eingeleitet wurde, hat sich nicht eine erfüllt; der arme Mann befindet sich in einer schlimmeren Lage als früher, und kein Landmann, kein Handwerker, kein Kleinrentner, kein Arbeiter und namentlich kein Arbeiter kann mit den Früchten des herrschenden Systems vor Augen noch an demselben festhalten.

Das sozialdemokratische Prinzip zeigt den Weg zur Rettung, und hiermit appelliren wir an das Volk. Möge es wählen zwischen uns und unseren Feinden, die auch des Volkes Feinde sind!

Berlin, 14. Januar 1887.

M. Bloß. M. Bod. B. Geisler. F. Geyer. C. Grillenberger. F. Harn. W. Hufschuler. K. Heine. M. Kayser. J. Krüder. W. Kubacki. D. Meißner. W. Pfannkuch. D. Rüdiger. K. Sabor. G. Schumacher. P. Singer. W. Stolle. Ph. Wiemer.

Aus Dänemark.

Es dürfte für die deutschen Genossen vielleicht nicht uninteressant sein, nach langer Zeit auch einmal wieder etwas von hier zu hören.

Kündigung — Auflösung, hier wie dort, bezeichnend für die heutigen Zustände.

Auch das dänische Parlament, das Folkething (2. Kammer), ist aufgelöst worden und sind neue Wahlen auf den 28. Januar ausgeschrieben.

Grund der Auflösung (man höre und laune): Vorschläge des Finanz-Kommissioners, verschiedene Posten des verlangten Militäretats (Kopenhagens Land- und Seebefestigung, Kanonen etc.) nicht zu bewilligen.

Das Plenum kam gar nicht erst dazu, sich über die verschiedenen Forderungen zu erklären, da Premierminister Strup, unser Minister-Swarz, als selbstverständlich annahm (und darin hatte er nicht Unrecht), daß die Opposition seine enormen Forderungen für den Kolonialmilitarismus, wie früher, bestimmt abwies. In seiner Begründung der Auflösung sagte Strup unter Anderem, daß er Kontrakte auf Lieferung von Kanonen mit Krupp abgeschlossen und Anzahlungen darauf gemacht habe; er müsse also die „Reinigkeiten“ demüthigen haben, da er doch nicht „kontraktbrüchig“ werden könne (die Befassung hat er

gebrochen, das genirt aber den „genossenschaftlichen“ Mann nicht!). Merkwürdig ist, daß Herr Krupp so „unsichere“ Geschäften macht. „Es wird alles mitgenommen, sagt der — „Blo“.“)

Hier wie dort macht die Regierungspresse in „Entrüstungen“ über die unpatriotischen Liberalen (freilich keine so „unsicheren“ Deutschfreisinnigen) und die vaterlandslosen Sozialdemokraten. 50,000 „patriotische“ Männer und Frauen haben sich zusammengethan, um auf privatem Wege (!) die von der Volksherrschaft nicht bewilligte Befestigung Kopenhagens zu erzwingen. Die geschätzten Beiträge haben 1,060,000 Kr. ergeben, wofür die „Kriegslustigen“ nun auch wirklich einen Bauwettbewerb („Fort“) ausgeschrieben haben. Aber weiter geht's nicht mehr!

Die Regierung hat, ebenfalls ohne Bewilligung, mit Festungs- und Kanalbauten begonnen, und trotzdem die Regierungspresse die Landesverteidigung als „Danmarks Stolz“ bezeichnet, so wurde den dabei beschäftigten Arbeitern 1 Krone (!) Tagelohn geboten, der in den letzten Tagen noch auf 73 Ore (zirka 82 Hg.) reduziert worden ist. Die Arbeiter haben, trotz Hunger und des arbeitslosen Winters, mit einem Streik geantwortet, wobei es zu Konflikten mit der — ebenfalls professionell errichteten — Gendarmarie kam, die beim Volke gründlich verhasst ist. Wenn da die Augen nicht ausgehen, dem kann nicht mehr geholfen werden!!!

Die Wahlagitatorik ist im vollen Gange, und besonders hier in Kopenhagen sind unsere Genossen ungemein thätig. Die Genossen Holm und Hørdum stellen sich hier in ihren alten Wahlkreisen zur Wiederwahl; ferner kandidirt hier noch Genosse Journalist Røyer (von der Redaktion des hiesigen „Sozialdemokraten“), der ein guter Agitator und tüchtiger Redner ist, und in Dänese (Jänen) Genosse Walter Jensen. Alle diese haben, Dank einer ausgezeichneten Agitation und Organisation, die besten Aussichten. Unser so tüchtiger Genosse Høst ist schmachter leider gegenwärtig wegen seiner unerschrockenen Angriffe auf die reaktionäre Regierung im Gefängnisse, und ist somit der Agitation entzogen.

Die ganze Wahlbewegung ist im Grunde genommen nur eine von dem Ministerium inszenirte Komödie, in der die Herren Volksherrschaft die Statisten abgeben. Die Regierung trägt doch den Wählern und handelt nach ihrem eigenen Ermessen. Strup weiß nämlich so gut wie Jeder-mann, daß der neue Reichstag derselbe wie früher sein und ihm seine „provisorischen“ Budgets von 1884, 1885 und 1886, sein Gendarmariekorps, seine Geetze betreffend Beschränkung der Rede- und Pressfreiheit, seine provisorischen Festungen etc. niemals bewilligen wird. Unter dem Schein von Gerechtigkeit heißt es: „Wir wollen die Wähler fragen“, aber nur um Zeit zu gewinnen, damit der neue Reichstag mit der Budgetberatung bis zum Ablauf des Finanzjahres (31. März) nicht fertig werden kann.

Am 31. März wird das Parlament — da es sich nicht einigen kann — am 1. April 1886 nach Hause geschickt, und den 1. April bewilligen sich die Herren Minister Alles, „was sie brauchen“, selbst, und so ist das Vaterland „gerettet“.

Ist das nicht nach Korbau „die Lüge des Konstitutionalismus“ in seiner „wahren“ Gestalt? O Volk, wann wirst Du doch endlich einmal erwachen? —

Den deutschen Genossen besten Erfolg im Wahlkampf! Unsere Wahlparole ist „Nieder mit Strup“, die Gurre „Nieder mit Dänemark, Putz-lamer und Konferten!“ überall aber „Nieder mit dem herrschenden System!“ und „Es lebe die Sozialdemokratie!“ Rinaldini.

PS. Wenn es mir als Deutscher gestattet ist, mit der „Berliner Erklärung“ und der Replik in der letzten Nummer des „Sozialdemokrat“ zu sympathisiren, so thue ich es hiermit. Meine Meinung ist auch die, daß unsere Vertreter die Führung der Partei behalten, aber dann auch einen durchaus prinzipiellen Standpunkt einnehmen möchten. Von der heutigen Gesellschaft ist nichts zu erlangen als Fußstapfen, und wer die ruhig eintritt, ist kein Sozialdemokrat.

Trotzdem rufe ich den Genossen in Deutschland zu: „Seid einig, einig, einig!“ Es wollen Alle das Beste der unterdrückten Menschheit, wenn auch der Eine mehr oder minder „radikal“ austritt!

Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 26. Januar 1887.

— Noch eben aus Deutschland eintriefenden Berichten sind unsere Genossen überall mit frischem Muth in den Wahlkampf eingetreten, von dessen Ausgang sie das Beste erhoffen. In absoluter Sicherheit läßt sich natürlich über denselben noch nichts voraussagen, da ja in den meisten Kreisen verhältnismäßig geringe Majoritäten den Ausschlag geben, aber darin stimmen alle Berichte überein, daß wir wahrscheinlich eine ganze Anzahl Wahlkreise gleich im ersten Wahlgang erobern — so Berlin IV und VI, Hamburg I und II, Altona, Leipzig-Land, Chemnitz, Juidau, Barmen-Eberfeld, Nürnberg etc. — die Mehrzahl unserer Mandate aber erst in Stichwahlen zu erringen haben werden. Wir machen daher die Genossen allerorts schon heute darauf aufmerksam, damit sie ihre Sammlungen auch nach dem Hauptwahltag noch fortsetzen. Es gilt das Namentlich für die Genossen im Auslande, die ja nur die eine Möglichkeit der Theilnahme am Kampfe haben: durch Aufbringen recht vieler Mittel dafür zu sorgen, daß den Kämpfern in Deutschland die Munition nicht ausgeht.

Wir sind dessen sicher, daß diese wenigen Worte genügen werden, unsere Genossen zu veranlassen, bis zum letzten Moment thätig zu sein. Jedes weitere Wort der Ermahnung hieße an ihrem Pflichtgefühl zweifeln. Sie brauchen nur zu wissen, was der Moment von ihnen fordert, um es auch zu thun. So haben auch die Genossen in Amerika unsere in voriger Nummer an dieser Stelle ausgesprochene Erwartung glänzend gerechtfertigt, wie aus der an der Spitze dieses Blattes veröffentlichten Depesche hervorgeht. Ein donnerndes Bravo ihnen, wie auch denen, die nach Abgabe ihrer beschriebenen Mittel im alten Europa sofort ihre Schuldigkeit gethan. Hoch die Solidarität, das Band, das kein Gesetz, keine Polizeimacht zu sprengen vermag!

— Ueber die bei der diesmaligen Reichstagswahl einzuhaltende Taktik (s. das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee, wie deutsche Blätter mittheilen, den Genossen raten, „seine eigene Kandidaten auszustellen und in keinem Falle Kompromisse mit anderen Parteien einzugehen. Für Stichwahlen wird empfohlen, die Kandidaten der Opposition, also des Jentrums und der Deutschsinnigen, zu unterstützen — immer aber unter der Voraussetzung, daß diese Kandidaten sich binden und verpflichten, für Aufhebung des Sozialistengesetzes und gegen jede Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts mit geheimer Stimmenabgabe zu stimmen. Wird eine solche Erklärung abgelehnt oder nicht in der bündigsten und unzweideutigsten Form gegeben, so hat strengste Wahlenthaltung bei den Stichwahlen einzutreten. Auch für Stichwahlen zwischen Nationalliberalen und Konservativen wird selbstverständlich Wahlenthaltung einzutreten haben.“

Die Vorschläge bewegen sich, wie man sieht, lediglich auf dem Boden der bisher von der Partei innegehaltenen Taktik, und entsprechen auch durchaus der geschichtlichen Stellung der Sozialdemokratie.

*) Die Unsicherheit des „Geschäftlichen“ könnte man dem Christenthum des Herrn Krupp noch innewohnen, Antemalen er wohl kreditfähige Bürgen für seine Lieferungen haben dürfte. Da aber, wie nicht nur in Dänemark, sondern in der ganzen Welt die Spöhen von den Töchtern fliehen, die von Christian IX. dem Rosenkranze, ausgehete Befestigung Kopenhagens ihre Spitze gegen Deutschland richtet — erst kürzlich publizirte die nationalliberale „Eberfelder Btg.“ recht artige „Statuten“ über dieses Thema — so stellt das konstante Entgegenkommen auf die, gegen den ausdrücklichen Willen der dänischen Volksherrschaft gemachte Bestellung auch den Patriotismus des Herrn Krupp ins höchste Licht. Bekriecht Euch, gott- und vaterlandslose Sozialdemokraten, vor diesem Muster eines echt nationalen Bürgers!

(Red. des „S. D.“)

— O Hochverrath, o Landesverrath, wohin seid ihr verschwunden? So wird man versucht, auszurufen, wenn man die Berichte über den mit so großem Geräusch in Szene gesetzten Frankfurter Geheimbundsprozess liest. Nichts von den in Aussicht gestellten „Entschuldigungen“, nichts von geplanten und den braven Frankfurter Bürgern nur durch die Wachsamkeit der noch braveren Polizei ersparten Schreckensthaten, nichts von Gewalt, Mord und Brand, nicht die kleinste Gefährdung der Frankfurter Rassenfranke — nichts, nichts von alledem, was einem Rothschild Herzklappen oder einem Solanger Ohnmachten verursachen könnte, sondern — fast weniger als ein Nichts — die bloße, nach der famosen Reichsgerichtsgaunerei unvermeidliche Verletzung der §§ 128 und 129 des Reichsstrafgesetzbuchs“.

Und darum das große Geschrei, und darum der keine Belagerungszustand mit seinen brutalen Ausweisungen — wahrlich, es wäre zum Lachen, wenn es nicht so niederträchtig infam wäre!

Auf die Einzelheiten der Verhandlungen können wir hier nicht eingehen, sie entbehren übrigens auch des größeren Interesses. Bei diesen Prozessen, wo es sich nicht um Prinzipienfragen, sondern um die Befolgung oder Nichtbefolgung lumpiger Polizeigesetze handelt, die in einem freien Lande undenkbar sind, und durch die sich daher auch Niemand innerlich gebunden empfindet, bei diesen reinen Formalitäts-Prozessen, wo jeder höhere Gesichtspunkt von vornherein ausgeschlossen ist, kann das auch gar nicht anders sein. Unsere Genossen verteidigten sich gegen die ihnen aus Grund von „Gefährdungen“ — welche einzelne von ihnen sich vom Untersuchungsrichter Fabricius und seinem Substitutur hatten erpressen lassen, — vorgeworfenen Handlungen so gut es eben ging, und wenn sich nicht alle dabei gleich fäthelst zeigte, so ist neben der Lortur der Unterjochung (moräher demnachst mehr) gerade die durch das Sozialistengesetz bewirkte Rechtsunsicherheit dafür verantwortlich zu machen. Mögen die Herren Staatsanwälte über das Abhandlungsmorale der moralischen Rechtsbegriffe setzen, so lange das Ausnahmegezet besteht, werden sie in dieser Beziehung nichts ändern. Ihr habt es selbst so gewollt.

Natürlich gab sich der Staatsanwalt, Herr Hies, Pforzheimer An-gedenken, alle Mühe, recht hohe Strafen gegen unsere Genossen herauszupressen, aber seinem dreifändigen Pöbldogor gelang es nicht, dem für die Anklage so ungünstigen Eindruck der Verhandlungen wieder zu verwischen. So sahen sich denn auch die Richter bei Abmessung der Strafen genöthigt, erheblich unter das von Herrn Hies beantragte Maß herunterzugehen. Es wurden verurtheilt:

Die Genossen Prinz, Füllgrabe und Trompeter, als „Leiter“ und „Ordnr“ zu je 6 Monaten, Klein mit und Wänger zu je 5 Monaten, Hornstein, Eichelmann, Gerke, Huber, Heberich, Jacobs, Richter, Räder zu je 4 Monaten, Wiswässer zu 2 Monaten und Berger, Dreischer, Feyer, Blockzieher, Heiligenstein, Herbst, Klein, Klippel, Lehmann, Lohmann, Raumann, Schmidt, Schubert, Stadler, Steinhilber und Winter zu je 1 Monat (das niedrigste Strafmaß, das Herr Hies beantragt hatte, waren 6 Monat gewesen!) Gefängniß. Nur den zu einem Monat Verurtheilten wurde die Unterjochungshaft in Anrechnung gebracht. 3 Angeklagte wurden freigesprochen.

Ueber die vielen zu Grunde gerichteten Existenzen, über das zerstörte Familienglück geht die Dame Justitia natürlich mit Genugthuung zur Tagesordnung über. 31 Personen zu insgesammt 79 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil sie thäten, was in andern Staaten jeder thun darf — zusammenkommen und über politische Fragen diskutieren — das ist Freiheit und Gerechtigkeit im herrlichen, frischerstandenen deutschen Reich. Wen geküßet's nach einem neuen 1870?

— Vergessene Liebesmühe. Während die Fortschrittler sich in ihren Reden und Schriften nicht leicht genug dagegen vernehmen können, daß man „die Person des Monarchen in den Wahlkampf hineinziehe“, weil das gegen alle Regeln des sogenannten Konstitutionalismus verstoßt, läßt der alte Wilhelm seine Gelegenheits- und benutzt vorübergehend, den guten Leuten zu beweisen, daß er selbst mit dieser Verletzung der konstitutionellen Doktrin — daß der Kaiser „über den Parteien“ stehen solle — durchaus einverstanden ist. Wo er nur kann, wirft er das Gewicht seines Namens, der ja infolge der systematischen Erziehung zur Ansehlichkeit bei der großen Masse noch „gilt“, in die Waagschale des Parteikampfs. Und das nicht etwa in seiner Eigenschaft als „supremus et ultimus“ treuherrlicher Kammerherr, sondern aus seiner ureigensten Initiative. In militärischen Fragen, die einzigen, für die er Sinn hat, ist der 90jährige Heldengreis noch von demselben Eigensinn als zur Zeit des preussischen Befreiungskampfes zu Anfang der sechziger Jahre. Die sich „Widern der Kapler“ damals dem Kaiser zu Liebe über alle von ihm beidmög-lichen Verfassungspapargraphen mit Eleganz hinwegsetzte, so auch heute —

Herr Wilhelm liebt ein starkes Meer, Liebt Palast und Patrone, Für Jesum Christum schämt er sehr, Doch mehr noch für Kanonen.

Wir sind übrigens weit davon entfernt, Wilhelm daraus einen Vorwurf zu machen, daß er die konstitutionelle Lüge durchbricht — im Gegentheil, wir sehen es mit Vergnügen. Jedem sein Theil Verantwortung, es habe durchsich nichts, wenn die deutschen Wähler wissen, daß sie ihre Rechte nicht nur gegen den Uebermuth des laienbegriffenen Sägemüllers, sondern auch gegen den Starrsinn seines allergnädigsten Herrn und Kaisers zu verteidigen haben.

Erleidet der monarchische Gedanke dadurch einen Stoß, desto besser. Er ist ohnehin mit dem Gedanken der Volksherrschaft nicht vereinbar. Hätten die Fortschrittler nicht so wenig gelernt und so viel verstanden, sie würden ihren albernem Protest gegen die Hereinziehung der Person des Monarchen in die Debatte endlich einmal aufgeben und die Frage so aufnehmen, wie sie heute liegt. Entweder — oder! ist die Parole.

Zur Aufrechterhaltung ihres Gedächtnisses und zur Erbauung für Alle, die an einem kräftigen Wort Schagen finden, mag hier eine Stelle aus einer Rede folgen, die Johann Jacoby — damals Abgeordneter der Fortschrittspartei — im Jahre 1863 über den preussischen Verfassungskongress gehalten. Sie paßt Wort für Wort auf die gegenwärtige Situation:

„Jenor aber, meine Herren, gestatten Sie mir eine Bemerkung. Wenn ich von der königlichen Gewalt, von der königlichen Staatsregierung spreche, so meine ich nicht die Herren Minister. — Wiederholt hat der König — und neuerdings erst in seiner Antwort an die Reichsversammlung — auf das Nachdrücklichste es ausgesprochen, er selber sei es, der die durchzuführenen Aufgaben den Ministern überträgt, vor Allem die Feststellung der Gesetzesreform, seines eigenen Wertes; und in Uebereinstimmung damit erklären die Minister Staatsmänner bei jeder Gelegenheit, daß ihnen der Weg, den sie gehen, auf das Bestimmteste vom Könige vorgezeichnet, daß sie selber nichts weiter seien, als gehorsame Diener der Krone, müßige Vollstrecker allerhöchster Befehle!“

Meine Herren! Sollen, ja dürfen wir ehrlicher Weise vor so offenkundigen Thatfachen gänzlich die Augen verschließen? — Allerdings ist es ein Fundamentaldogma der konstitutionell-monarchischen Staatsform, alle Regierungssakte nicht als persönliche Handlungen des Staatsoberhauptes, sondern als die Handlungen seiner verantwortlichen Rathgeber des Staatsministeriums, anzusehen. Dieser Grundsatz aber, zum Schutz und Schirm des Königthums aufgestellt, läßt nur dann sich aufrecht erhalten, wenn alle drei Staatsgewalten darin übereinstimmen, ihn aufrecht erhalten zu wollen. Ist dies nicht der Fall, wird, wie bei uns, von Seiten des Königs und seiner Minister dieser Grundsatz nicht nur verneint, sondern bekämpft, dann, meine Herren, liegt es wahrlich nicht im Interesse der Volksherrschaft, durch hartnäckiges Festhalten der konstitutionellen Fiktion sich selbst und Andere zu täuschen!

Die Fortschrittspartei hielt es bekanntlich damals trotzdem für opportun, an der „konstitutionellen Fiktion“ — das Wort ist hier am besten mit „Einbildung“ zu übersetzen — hartnäckig festzuhalten, und das Ende war ein schmählicher Kompromiß, der in der Sache alles beim Alten ließ, dem es zumschreiben ist, daß heute, nach fast einem Vierteljahrhundert, das Boll noch immer vor derselben Frage steht, es noch um dieselben elementaren Forerordnungen politischer Anerkennung kämpfen muß als damals. Die Fiktion nach allem noch festhalten, heißt die Täuschung, den Volksbezug, fortsetzen.

— Samiel hilf! Rachel hilf! Dennigen hilf! So schreit verzweifelt ein Teil der nationalliberalen Presse, der vollen Verzweiflung sieht, wie das, was sich prächtig noch „nationalliberale Partei“ nennt, jetzt ungelöst in dem Kampf der vereinigten Reaktionsparteien unterliegt. Es ist gar komisch, daß gerade an diese zwei Herren der Rechten um die Unterstützung wird. Eine stehende Armee, welche die Hälfte der vor der Schlacht schon Desertierten anrührt — eine Schiffmannschaft, welche glaubt, die Ratten, welche das Schiff verlassen, könnten es vor dem Untergang retten! Kein — das Banner wird nicht gehalten, und wenn die zwei Ratten Miguel und Dennigen wieder an Bord der letzten Galeere gehen, so werden sie einfach die Fahrt in die Tiefe mitmachen. Es wird das heißen: Zwei mehr! Und großes Bedauern wird schon deshalb nirgends aufkommen können, weil die zwei Ratten schon vorher tot waren.

— Die Frauen und die Reichstagswahlen. Eine Genosfin schreibt uns:

Die Reichswahlen für den Reichstag haben wieder einmal alle Genossen in die lebhafteste Tätigkeit versetzt und alle Kräfte, über welche die Partei verfügt, auf den Kampfplatz gerufen. Nur eine Nacht von ganz unbedeutender Ausdehnung, die in das Hand unserer Partei gewiesen ist, mußte noch fast vollständig brach, und das sind die Frauen. Unzweifelhaft liegt der Fehler zum Teil an den Frauen selbst, aber andererseits liegt es im Interesse der Genossen, alles zu thun, um dieselben aufzuklären und sich in ihnen, wenn nicht Kampfgenosinnen, so doch unaufrichtige und zuverlässige Gesährtinnen zu erlangen. Die Stellung der Frauen als „Skavinnen von Skaven“, wie Diderot dies bezeichnet, hat bei ihnen Eigenschaften großgezogen, die bei den Arbeitern die Partei weiter den thätigsten und beständigen von unschätzbarem Werte sind. Neben der Thätigkeit und Ausdauer, welche die Frau des Volkes in höherem Maße besitzt als die Frauen irgend einer anderen Klasse, sind ihr eine Schamhaftigkeit, Anständigkeit und Schlagerichtigkeit eigen, in denen sie den Mann weit übersteigt, und es ist schade, daß diese Gaben nicht für die Partei verwendet werden. Um so mehr, als die Frauen der wohlhabenden Klassen in ihrer „süchtigen Hausfräuleichheit“ bei dem Gebanten, sich um etwas anderes als ihre Küche, Kinderstube und Kleiderkammer bekümmern zu sollen, drei Kreuze schlagen und beten: Führe uns nicht in Versuchung!

Die andern Parteien hätten also gegenüber der Thätigkeit der Arbeiterinnen auf politischem Gebiete kein Gegenwicht in die Waagschale zu legen. Lediglich weiß ja auch Jeder, der in der Agitation steht, was für Dienste einzelne Frauen der Partei schon geleistet haben, während dort, wo solche ihr Spadaten, sich die Schuld mehr auf den persönlichen Reiz eines eines oder des andern Genossen oder darauf zurückzuführen ließ, daß man die Teilnahme der Frauen an der politischen Thätigkeit dem Zufall anheimstellte, ohne auch nur die Vorbereitungsmaßregeln zu beachten, die bei jedem männlichen Parteimitglied verlangt werden. Durch mit der politischen Thätigkeit Gefährten verbunden sind, kann angeht die jüngsten Thatsachen, wo Niemand mehr weiß, was er thun darf und was nicht, nicht abgeleugnet werden, aber diese Frauen sich bei einem ernsthaften und regelrechten Heranbilden der Frauen eher mit mehr als mit weniger. Daher darf eine falsche Rücksicht für dieselben als „Frauen“ nicht maßgebend sein. Die Interessen von Eheleuten z. B. sind so eng verbunden, daß immer die Lage des Einen von dem Andern noch mitgetragen wird. Und wenn ein Arbeiter ins Gefängnis muß, ist es noch die Frage, ob er es nicht besser hat als die Frau, die mit den Kindern draußen bleibt. Eine unvorsichtige Frau, die halb neugierig, halb verdächtig der Thätigkeit ihres Mannes gegenüber steht, ist eine der gefährlichsten Feindinnen der Partei. Ohne Interesse für die Sache, wird sie erstens dem Genossen immer ein Demütigung sein, und dann ist er niemals sicher, daß sie ihn und seine Thätigkeit nicht aus dem Hinterland, so aus Unvorsichtigkeit irgend einer Nachbarin gegenüber in ein ganz falsches Licht setzt, und mit ihrem Manne zugleich sich selbst in Ungenugthuung oder gar ins Elend führt.

Die Sitten in Deutschland haben bis jetzt den Frauen so streng jede Teilnahme an der Politik verboten, daß es oft große Schwierigkeit hat, Verständnis bei ihnen dafür zu erlangen, was ihre eigene Lage von der Art der Lösung der politischen Fragen abhängig ist, und daß es daher ihre Pflicht ist, sich für die Sache zu öffnen zu halten; aber die Schwierigkeit liegt zum großen Teil nur darin, daß der Verlust der Aufmerksamkeit zu verweigert gemacht wird. Wenn 99 Genossen ihre Frauen in gute Sozialdemokratinnen umgewandelt haben, wird das dem hundertsten nicht mehr schmerzlich sein. Die Unwissenheit zur Agitation unter den Frauen dazu, sie zur Behilfe heranzubilden, kann sich nicht gütlicher finden als eben jetzt. Ein bestimmtes, leicht begreifbares Ziel, die Reichstagswahl, liegt vor uns, und es gilt in zweiter Linie, der Regierung keine Konfessionen für den Krieg zu machen. Wenn der Krieg den Ehrgeiz eines oder des andern Mannes einflößen kann, so spielt bei den Frauen dieser Grund nicht mit. Sie sind die naturgemäßen Feindinnen des Krieges, der das Leben ihrer Männer, Kinder, ihren häuslichen Herd, mit einem Wort: alles was sie lieben, gefährdet. Jetzt handelt es sich darum, eine Forderung abzuwehren, die ein Schritt zum Krieg ist und auch im Frieden neue Steuerlasten an Menschen und Geld erheben würde, welche die Frau würde mittragen müssen. Es heißt jetzt energisch „Nein“ zu sagen, von Seiten der Männer sowohl, wie von Seiten der Frauen, und auch letztere sollten alles thun, was in ihrer Macht steht, damit Männer in den Reichstag geschickt werden, die die ein „Nein“ unentgeltlich Ausdruck geben. Also — vorwärts! ohne Unterschied der Geschlechter.

— Zu dem Frankfurter Sozialistenprozess schreibt man uns: Neben die Haltung und das Verhältnißsystem der Angeklagten will ich mich hier nicht auslassen — man mag da verschiedener Meinung sein. Auf ein Moment will ich heute bloß aufmerksam machen, nämlich auf die einseitige Form der Verurteilung der angeblichen Straftathaten, zu deren Verübung die den Gegenstand der Anklage bildende geheime Organisation bestimmt gewesen sein soll. Was Agitation, Agitation unter der Landbevölkerung, Ausbreitung von Geldern zu Wahl- und zu Unterhaltungszwecken, Verbreitung von Parteifchriften — das ist Alles. Und alles das sind Handlungen, die jede Partei ohne Ausnahme — die Konserervative, nationalliberale, fortschrittliche, ultramontane u. s. w. — jeden Tag, jede Stunde begeht, und die Niemand für strafbar hält, oder gar zu strafen gedankt.

Und warum werden diese Männer, die nichts anderes gethan haben, als die einfachste und natürlichste, geradezu selbstverständliche Parteithätigkeit, ja Parteithätigkeit ausüben — warum werden sie Monate lang in Untersuchungshaft gehalten, und schließlich zu schweren Strafen verurteilt? Weil es ein in ja mes Gesetzt gibt, welches zwar heuchlerischer Weise behauptet, die sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratischen Bestrebungen nicht verfolgen zu wollen, in Wirklichkeit aber diese Partei und diese Bestrebungen ähnet, und die Ausübung der einfachsten, natürlichsten, ja geradezu selbstverständlichen Parteithätigkeit mit schweren Strafen belegt hat. Handlungen, die an sich, und von nicht unter diesem inhumanen Kadnanzgesetz stehenden Bürgern bezogen, als selbstverständlich erscheinen und straflos sind, sind künstlich zu Verbots, und Bürger, die ihr einfachstes Naturrecht ausüben und das Selbstverständliche thun, sind künstlich zu Verbrechern gemacht. Wir glauben, daß es noch keinen Prozeß gegeben hat, welcher die Inhumanität des Sozialistengesetzes und dessen Widerspruch mit dem einfachsten Rechtsgefühl und der Menschennatur so drastisch hätte zu Tage treten lassen, wie dieser Frankfurter Prozeß. Und Jeden, der die kenographischen Verhandlungsberichte gelesen hat — welcher Partei er auch angehört — frage ich hier Hand aufs Herz: Sind diese Männer, welche zusammenkommen, um sich über die Parteiangelegenheiten zu beraten und ihre politische Vision zu erfüllen, und in deren Versammlungen nichts vorgekommen ist, was auf Gewaltthätigkeit oder sonstige Unbürgerlichkeit hätte hindeuten können — sind diese Männer Verbrecher? Oder sind es diejenigen, welche ihren reaktionären selbstthätigen Zwecken zu Liebe eine große Partei gedankt, und die Ausübung politischer Pflichten zu Verbrechen gemacht haben?

Parlamentarische Siphonien. Der biedere Schnaps-Otto war voranmittliche lange Zeit hindurch Mitarbeiter des „Bladderabatsch“, und scheint es auch neuerdings wieder geworden zu sein, denn dieses sogenannte Bladderabatsch strahl auf hundert Schritte den Barim-Friedrichsruhigen Stalgerath aus. Daß sein — des Schnaps-Otto — Talent für freimüthige und unfreimüthige Romik keine Kränze erlitten hat, daß die letzte Sitzung des Reichstags glänzender Zeugnis ab-

Wunderbar komisch war es, wie die obenbesagte Rappe mit dem kaiserlichen Auftrags-Uras in feierlicher Gänsemarsch-Prozession aus dem Bundesratszimmer auf den Platz Bismarcks im Reichstagsaal getragen ward. Ein heiteres Klänge durch die Reihen der Abgeordneten. „Der Parlaments-Krauts kommt, das ist das tolle Futteral mit dem blanken Rißbeil!“ Und richtig, der „Parlaments-Kraut“ kam heran, und war ganz erstaunt, lächelnde B-Akte zu sehen, statt mißanthropische Knaggsphysiognomien. So gar seine Kamelufen getrauten sich nicht, ihn mit dem üblichen Pferdeweiser anzupinkeln.

Die Adhäsion ging gerade vor sich, das Ergebnis war mit Scherheit vorzunehmen, allein Krauts mußte das Ende abwarten. Und da verfiel er denn in seiner nervösen Ungebuld auf die Idee, mit der obenbesagten Rappe zu spielen, die er von allen Seiten aufmerksam betrachtete, und durch seinen gelehrten Hausnachbarn Böttcher den zum Tod verurtheilten armen Sündern von Reichstagen in allen möglichen Zagen und Stellungen zeigen ließ, was von übermächtiger Romik war und verschiedene Saloen schillenden Gefächters hervortraf — zum grim-migen Kerger des finster dreinschauenden Schnaps-Otto.

Endlich war aber der feierliche Moment gekommen: Schnaps-Otto erhob sich mit finsterner Miene, zog das Rißbeil — nein, den kaiserlichen Uras mit solcher Hast aus dem gefüllten Futteral, daß dieses um Ein Haar auf den Boden geschleudert wäre, verlor triumphierend, mit erdrückendem Würde und Raschheitsgefühl, das ominöse Stützlein Papier — und siehe, da ereignete sich etwas Unerwartetes. Der Reichstag ward nicht vertheilt, er ward geschieden, sondern lächelte seelenvergnügt, und aus der Ecke der Sozialdemokraten trat ein schallendes, anhaltendes Bravo, das auf den verdutzten Parlaments-Krauts ungeschicklich wirkte, wie ein „Straß fallen Wasser“ oder eine wohlplapperte Dirse. Er sperrte Augen und Mund auf, war einen Moment ganz sprachlos, stolperte dann einige Worte — und so wurde die geplante Tragödie zur miserabel gespielten Farce.

Auf den affrikanischen Denkmälern steht man Männer mit Hundköpfen und Hundspöttchen — es sind das die Gewaltthäter, die Herren von Skaven. An diese affrikanischen Bilder erinnerte in jener Reichstagsitzung der Husmeier des Hohenzollerngeschlechts. Der Herr der Skaven, der seinen Skaven bis Hundspöttchen jagt! Und die frap-panteste Porträtsähnlichkeit. Aber die Skaven sind reichlich geworden, und sie laden den Hundskopf aus. — Und einige Schritte von diesem affrikanischen Hundskopf ein Totenkopf. Son vorn, von neben betrachtet ein Totenkopf, und von hinten betrachtet ein Junglingskopf, denn der Totenkopf trägt eine blonde Perücke. Der Totenkopf heißt Rottke, und hatte vor wenigen Minuten „Härmische Heiterkeit“ erregt, weil er bei der namentlichen Nennung ein lautes Ja für das Triennat ausgeprochen. Dieser Hundskopf und dieser Totenkopf — das ist das Sinnbild des deutschen Reichs neuester Ausgabe. Das Sinnbild und eine Vorbedeutung!

— Die sozialistische Presse des Auslandes und die Reichstagswahlen. Unter der Ueberschrift: „Ständ auf!“ schreibt die „Londoner Justice“:

„Unsere Genossen, die Sozialdemokraten, sind jedoch (es war zuvor auf die schändliche Haltung der bürgerlichen Reichstagsopposition hingewiesen worden) sehr auf dem Wege und haben nunmehr eine neue Gelegenheit, Europa und der Welt den Beweis zu liefern, daß alle die Gelegenheiten, welche ihnen die Tyrannen und brutale Unrechtthäter, daß selbst die Unterdrückung ihrer Literatur, die Einseklerung ihrer Führer und die Verhängung des Belagerungsstandes über verschiedene größere Städte — Maßregeln, welche untern rauchlosen Reichthümern die deutsche Allianz so wünschbar machen — den stetigen Vormarsch der Sozialdemokratie nicht aufhalten vermögen. Obwohl wir einen eben solchen Zu-machs von sozialdemokratischen Abgeordneten, wie er ein Ende 1884 erreichte, nicht erwarten können, wollen wir doch hoffen, daß trotz aller Schwierigkeiten drei- bis vierhundert der Sozialdemokratie in den neuen Reichstags-sitzungen mögen. In jedem Falle werden wir, in dem harten Kampf für die Arbeitlosen gegen die englischen Sozialdemokraten unsere deutschen Genossen unsere herzlichsten Glückwünsche!“

Die Wiener „Gleichheit“ veröffentlicht an der Spitze ihrer letzten Nummer einen sehr warm gehaltenen Aufruf zur Sammlung von Geldmitteln für den Wahlkampf in Deutschland, in welchem es unter Anderem heißt:

„Genossen! Wir müssen zeigen, daß wir uns der Solidarität mit den deutschen Genossen bewußt sind. Der Kampf ist unser Kampf! Ihr Sieg ist unser Sieg! Während die Regierungen zum graulichen Weltkrieg vorbereiten, rüsten die Arbeiter aller Länder zum Frieden; während die Welt noch nicht klar ist, ob das deutsch-österreichische Bündniß der Regierungen besteht, wollen wir zeigen, daß das Bündniß des arbeitenden Volkes in Deutschland und Oesterreich eine Thatsache ist, älter, fester und dauernder, als die Diplomatenschnur, die sie schlingen können! Was die Herren auch sagen mögen: nicht die Feindschaft der Nationen bewegt sie zu ihren Klümpchen, sondern die immer enger werdende Verbrüderung des Proletariats!“

Genossen! Jedem von Euch nun auffordern, zu dem Wahlkampf der deutschen Sozialdemokratie beizutragen, und wir sind bewußt, daß unsere eigene Partei in Oesterreich nur mit Kaltebot aller Dof twilligkeit ihren eigenen Bärniss genügen kann! Trödem sind wir sicher, daß Ihr unserem Kaltebot Folge leisten werdet; nicht auf die Höhe der Summe, die wir hier in Oesterreich aufbringen, kann es ankommen! Unser Beitrag, so klein er sein mag, soll Zeugniß dafür geben, daß wir einverstanden sind des alten Feindes, „Proletariats aller Länder, vereinigt Euch!“

Schon die erste Liste der Beiträge weist fl. 68 38 auf, darunter fl. 50 von der Redaktion der „Gleichheit“.

Unter ähnliches Braderorgan „Lokomob“ widmet dem Wahlkampf unserer Partei ebenfalls einen fröhlichen Sympathie-Artikel, und theilt mit, daß das Zentralkomitee der Deutschen Arbeitervereine den Beschluß gefaßt hat, den Brutto-Ertrag des großen Festes, das am 8. Februar zu Ehren der Freilassung Anselms stattgefunden wird, für den Wohlstand der deutschen Sozialdemokratie beizutragen. Damit aber auch die Genossen in den übrigen Orten Belgiens an diesem Unternehmungswerk theilnehmen können, werden schon jetzt Karten zu 20 Cts. ausgegeben und verschickt.

Bravo, das nennen wir doch Solidarität!

— Von sozialdemokratischen Kandidaturen, die bis jetzt entweder uns direct mitgeteilt oder anderweitig publiziert wurden, haben wir zu verzeichnen:

Preußen: Berlin IV Singer, Berlin VI Hasenclever, Rottbus-Spremberg Dreil, Ludwigsen, Brandenburg Ewald, Halle a. d. S. Rg Kapler, Magdeburg K. Heine, Altona Karl Frohme, Bismarck Julius Ködder, Posen P. Janiszewski, Königsberg in Pr. Gouan, Steint in Pr. Herbert, Solingen Schulmacher, Wismar-Eldersfeld Harn, Kassel Pannlach, Hannover Reister, Zelle Wankle, Frankfurt a. Main Sador, Essen Bollmar, Erfurt Reubhaus, Halberstadt Dahlen, Dortmund Schulmacher, Lenney, Reitzmann Karl Reist.

Bayern: Nürnberg Grillenberger, München I u. II Bollmar, Frankfurt a. M. Speier Geyard.

Sachsen: Dresden Altstadt Bida, Dresden-Reustadt Raden, Leipzig Stadt Wehl, Leipzig Land Bierck, Chemnitz Geiser, Glaucha-Rezerne Kurt, Zwickau-Kreimitzschau Stolla, Stollberg-Schneidersberger, Kuerbach-Reichenbach Kayser, Plauen I. B. Christophen, Großenhain-Rieska Geyer.

Württemberg: Stuttgart Klop.

Waden: Rannheim Dreesbach, Karlsruhe Ged, Freiburg Ged.

Hessen: Darmstadt P. Müller, Offenbach Liebnecht, Mainz Jda.

kleinere Staaten u.: Braunschweig I Bloß, Hamburg I Bedel, Hamburg II Diez, Damoung III Diez, Gera (Ruh-j.) Adiger, Gotha Ged, Weimar Ged, Aitenburg (Ruhwald, Bremen Liebnecht, Lübeck Schwarz.

— Man schreibt uns aus Berlin: „Eine Bombe von Augen! Braucht die „Kreuzzeitung“ zur Rettung der Bismarckschen Wirtswort-Ran — die „Bombe von Augen“ wird wahrheitlich ausbleiben — der Ran sängt natürlich mit dem pommerschen Junker, der ihm sein so-

namtes „deutsches Reich“ zu Füßen gelegt hat, keinen Krieg an — und die Franzosen, welche den Bismarckschen Kniff, sich zu gelegener Zeit den Krieg erklären zu lassen, auswendig gelernt haben, fallen natürlich nicht wieder in die nämliche Falle wie 1870, und denken natürlich nicht daran, dem wackeligen Blut und Eisenmann ein rettendes Bismarcken hinzuerstern.

In Ermanglung der äußeren muß unter solchen Umständen die innere Bombe herhalten. Sie ist ad libitum (d. h. wenn's beliebt) anzuheften und zu beschaffen. Jhring-Raplow hat ja das Rezept, und der Jhring-Raplow gibt es so viele. Und die Saat der inneren Bomben ist auch bereits aufgegangen. Schon am 13. Januar wurde ein ganzes Nest voll entzündet — bei einem gewissen Rechtskonsulent Sparr, der, vor vier Jahren ausgewiesen, dann später die Erlaubniß zur Rückkehr erhielt und seitdem von allen Genossen um so eifriger gemieden war, als er durch Jhring-Raplow'schen Radikalismus und Jhring-Raplow'sche Dynamitreden die Ehre seiner Bekanntschaft zu beweisen suchte.

Dieser Bombenmann war für den Dynamit so eingenommen, daß er die öffentlichen Bedürfnisse anhalten mit Betteln beehrte, die den Gegenstand seiner Reizung verherrlichten — im Verlauf dieser freiwillichen Tagesarbeit wurde er verhaftet, und in seiner Wohnung fand man zwar keine Dynamitbomben, aber doch allerhand Stoffe, aus denen sich Dynamitbomben hätten herstellen lassen. Verhaftet wurde der Bombenmann am 13. d. Mts., das heißt genau an dem Tag, wo der Reichstag aufgelöst werden sollte (die unerwartete Verlängerung der Debatte brachte es bekanntlich mit sich, daß die entscheidende Debatte erst den folgenden Tag vorgenommen werden konnte).

Warum hat Herr Puffkammer nicht mindestens eine Woche gewartet? Eine kurze Anstandsfrist wäre doch wirklich notwendig gewesen — muß uns bedanken. Und wir fragen: What next? Wann wird die nächste Bombe sich präsentieren. Und wie wird der nächste Jhring-Raplow heißen?

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion versendet das nachstehende Zirkular, das wir, weil auch für weitere Kreise von Interesse, hiermit zur Kenntniß unserer Leser bringen:

Wir machen unseren Genossinnen und Genossen hierdurch die Mittheilung, daß in den Monaten November und Dezember folgende freiwillige Beiträge eingingen:

- a) Zur Unterstützung der Familien der Kugelwiesenen und politisch Gemährregelten aus Jochheim 10. — M., Rürnberg 67. —, Hamburg 339.10, Rowawes 7. —, Jersch 30.10, Jochheim 86. —, Potsdam 24. —, Forst 20.50, Liegnitz 10. —, Bireuth 12. —, Brandenburg 10. —, Eldersfeld 32. —, Jülich 10. —, Stuttgart n. d. „alten Erde“ 20.70, Herford 25. —, Jersch 10.50, Büchsenbräuer 10.50, Schillingen 189.20, Potsdam 15. —, Werbau 10.50, Pforzheim 10.50, Hagen 8. —, Wertheim 5.50, Kiel 21. —, Halberstadt 19.50, Sorau 25.50, Bremen 15.50, Brandenburg 25. —, Reumünster 26. —, Rinden 8. —, Hamburg 100. —, Mariendorf 5.50, Schwabach 10. —, Gotha 5.50, Hof 11.50, Gagenau 10. —, Galle a. S. 19.50, Kpolda 20. —, Potsdam 18. —, Potsdamer Wahlkreis 10. —, Der kleine Paul 6. —, Arnstadt 20. —, Wattenberg 10.75, Herford 15. —, Aus dem Wahlkreis Hanau 200. —, Penig 12. —, B. 10. —, R. B. in Berlin 85. —, D. Buchdrucker Berlins 80. —, Halberstadt 70. —, Dresden R. 100. —, Dresden R. 100. —, Solingen 100. —, Kassel 100. —, Bin. 1. Rate 80. —, Fl. Bin. 30. —, Sommel I 181.10, Hannover 100. —, Großenhain 100. —, D. R. Reigen 3. —, Alte Erde Stuttgart 150. —, Für die Mannheimer Wahl Stadt Köln 50. —, Landkreis Köln 25. —, Karlsruhe 30. —, Braun-schweig 100. —, R. B. Bin. 40. —, Buchdrucker Bins. 50. —, B. J. Rg., Danabr. C. C. 23, Schwimmer, Dr. W. r. n. n. Sommel II u. III Str. 308.50, Sommerfeld 15. —, Cottbus 50. —, Rannheim 30. —, Hannover 200. —, Brandenburg 150. —, Gersdorf 30. —, Vom Oktober sind noch nachzutragen aus: Groß-Rußheim 20. — M., K. Sdp. Spg. — 80, S. S. Spg. 2. —, Dessau 5. —, von Frauen Frankfurt 21.30, vom Unbekannten in Jochheim 20. —, aus Kaufzig 5. —, Hanau 40. —
- b) Für die Opfer des Freiburger Prozesses aus Jülich 50. — M., Rürnberg 56.25, Jochheim 50. —, Pforzheim 20. —, Werbau 17.50, Potsdam 28.60, Rürnberg 12.80, Köln 150. —, Gräne bei Jülich 10. —, Jülich 20. —, Düsseldorf 51.70, Reumünster 100. —, Gotha 20. —, Erfurt „das Banner hoch“ 30. —, Gotha 5. —, Bon nicht zur Deutlichkeit Beurtheilten 8. —

Im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion:
Der Vorstand:
Grillenberger, Hasenclever, Liebnecht, Reister, Singer.

Korrespondenzen.

Aus dem östlichen Holstein. Auch ich fühle mich verpflichtet, den Raum des „Sozialdemokraten“ in Anspruch zu nehmen. Es glaubt mich Rauscher, daß an Radikalität in so reiche östliche Holstein sei „die deutsche Schweiz“. Nun, für eine bestimmte Klasse mag es zureichend sein, für den kleinen Bauer, kleinen Handwerker und Arbeiter nicht. Ueberall hört man die Klage, wo will es hinaus, was soll das werden? Dasselbe frage auch ich.

Wenn wir 20—30 Jahre zurückblicken, wie stand es da mit dem Kleinbauer und Kleinhandwerker? Damals konnte man noch Wohlstand und ein mehr oder minder harmonisches Nebeneinandergehen verschiedener Klassen finden. Jetzt aber ist Alles anders geworden, Wohlstand und Frieden sind schon, und mit der Gegenständigkeit der Interessen ist ganz ausgeräumt.

Woher aber kommt dies? Schon wir die eben angeführten Jahre zurück, so konnte man, wenn man zur Mittag- oder Abendzeit in ein Bauerndörfchen trat, Knechte und Röhde, Kitzlöner und Frauen in fröhlich dahergelassen sehen, um bei ihren Bäuern das Mahl einzunehmen. Dieses bestand durchgehends aus kräftigen Speisen, und fast überall fand man die Ranne rjgen gebrauchtes Bier auf dem Tisch. Ja, auf vielen Stellen bekamen die Frauen noch eine Schüssel voll für die Kinder nach Hause mit. Nun wird Rauscher sagen, ja damals war auch der Tagelohn nicht so groß als jetzt. Darauf erlaube ich mir zu bemerken, daß der Tagelohn für den männlichen Arbeiter damals 6—10 Schilling Hamburgisch betrug. Wie aber steht es jetzt damit? Der höchste Tagelohn, der jetzt gezahlt wird — und dies nur sehr selten — ist M. 1 20 bis M. 2 — ohne Koff, denn solche wird nur noch ganz vereinzelt gegeben. Es gibt sogar Stellen, wo der Arbeiter im heißen Sommer nicht einmal das Trinken bekommt, viel weniger das Essen.

Da muß denn in der heißen Erntezeit die Frau vorauslaufen, um in 1—1½ Stunden, wobei die Hälfte der Zeit vom Weg in Anspruch genommen wird, Essen für Mann und Kinder zu bereiten. Was kann eine Frau nun in dieser Zeit fertigbringen? Ist es da zu verwundern, wenn der Arbeiter zum Schnaps seine Zuflucht nimmt? Ist es ein Wunder, wenn in der Dülle, wo früher Friede und Eintracht herrschte, Zank und Streit ihren Eingang gefunden?

Die Landwirtschaft liegt sehr im Argen, die Preise gehen von Jahr zu Jahr herunter, und die Steuern und Abgaben nehmen sich. Nun, für Herren Volksbeglückter, die Ihr nicht genug über die Unverschämtheiten des Volkes zernern könnt, wie finden diese Kräfte die Lösung aus ihrer drückenden Lage?

Beleuchtet durch Curo Branntwein- und Tabakmonopole, oder soll es das neueste Militärmonopol sein, womit Ihr das Volk beglücken wollt? Nun muß ich noch verschiedene Schwärzungen aufzählen, wobei ich besonders zweier Herren aus dem Guitischen gedenke, nämlich des Gensdarmen Kreindorf in Kalente, sowie eines Spitzes Ramens Ghrich, genannt Bolert, Rachtwächter, auch in Kalente. Diese Leute haben Unglaubliches im Demagogien und Lügen geleistet, wie ich nachstehend bemerken will.

Ghrich machte sich ein Vergnügen daraus, Leute des Nachts, besonders vor des Gensdarmen Haus, zu überfallen und mörderisch zu trakt-

